



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/VIII/201 - 29.8.1953

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Telefonnummer 21831-32

Fernschreiber 039890

---

Bisherige Bilanz des Wahlkampfes	S. 1
Bericht aus Schweden	S. 3
"Journey to America"	S. 5

---

## Der moralische Sieger

A.E. In nicht ganz einer Woche ist der Wahlkampf um die Zusammensetzung des zweiten Deutschen Bundestages beendet. Obwohl es vermessen wäre, schon jetzt irgendetwelche Voraussagen über das Ergebnis der Wahl zu machen, steht wohl eines mit Sicherheit fest: Die deutsche Sozialdemokratie wird mit weitem Vorsprung als moralischer Sieger aus diesem Wahlkampf hervorgehen.

Die Koalitionsparteien, und vor allem die CDU/CSU, haben unzweifelhaft die politische und moralische Reife der deutschen Wählerschaft unterschätzt. Verleumdungen und persönliche Verunglimpfung von politischen Gegnern, worin seinerzeit die Nationalsozialisten eine wahre Meisterschaft entwickelten, ziehen heute nicht mehr, sie widern das Volk an. Die Nachfolger von Goebbels in den Propagandabüros der heutigen Regierungsparteien arbeiten gewissermaßen in einem luftleeren Raum. Man kann eben nicht gleichzeitig das Auftreten Naumanns im politischen Leben verbieten, aber nationalsozialistische Propagandamethoden beibehalten. Das Volk hat ein feines Ohr für diesen inneren Widerspruch, und das ist wohl eine der erfreulichsten Tatsachen, die sich aus diesem Wahlkampf heraushebt. Es bleibt einigermaßen unerfindlich, weshalb der Bundeskanzler Sinn und Maß für einen fair geführten Kampf verloren hat und sich in Niederungen begab, wie wir sie seit zwanzig Jahren in Deutschland nicht mehr erlebten. Zweimal hat ihn ein Gericht bei Androhung der zulässigen Höchststrafe gewarnt, ehrenrührige Beleidigungen im Wahlkampf zu wiederholen ...

Wir wollen nicht sagen, daß die vier gefälschten Dokumente etwa aus der Propagandeküche der CDU stammen. Aber es berührt immerhin merkwürdig, daß die größte Regierungspartei, ohne die Dinge erst nachprüfen zu lassen, auf plumpe Betrüger hereinfällt, nur weil diese Betrüger zumindest für den Augenblick als willkommene Bundesgenossen betrachtet werden. Dies überschreitet schon die Grenze des Zulässigen, und im privaten Bereich führt es zur Verurteilung jener, die sich solcher Gangstermittel bedienen.

Auch dies ist eine unbestreitbare Tatsache in diesem Wahlkampf: Es gibt nicht einen einzigen Fall, in dem man einem sozialdemokratischen Abgeordneten oder einer sozialdemokratischen Publikation - etwa die Veröffentlichung über die Wahlfondsspenden der Industrie an die Regierungsparteien - eine sachlich unrichtige und das Gericht in Anspruch nehmende Fälschung nachweisen könnte. Die Sozialdemokratie operiert mit Tatsachen, nicht mit Verdrehungen der Wirklichkeit. Sie hat es nicht nötig und sie verabscheut es, den inneren Schweinehund im Menschen anzurufen, wie es die Bonner CDU in einem Flugblatt tat, dessen Verfasser der aufgehängte Julius Streicher hätte sein können. Es gehört zu den betrüblichsten Beobachtungen dieses Wahlkampfes, daß die Schmutzflut der Verleumdungen, die sich über die Sozialdemokratie und über die Gewerkschaften ergoß und noch ergießt, nicht von den unteren Instanzen der Regierungsparteien, sondern von deren Spitze ausgelöst wurde.

Der deutsche Wähler von 1953 will jedoch nicht Propaganda, er will die Wahrheit hören. Das zeigt sich schon bei dem überraschend guten Besuch von sozialdemokratischen Versammlungen und bei dem tiefen Eindruck, den die sachliche Auseinandersetzung auf die Zuhörer macht. Es besteht ein echtes Bedürfnis, sich zu unterrichten, vor allem bei der jüngeren Generation. Es spricht auch für die politische Reife, daß Splitterparteien aller Voraussicht nach kaum Aussicht haben, zum Zuge zu kommen. Die Konzentration auf den Gegensatz Koalition-Opposition ist umso erfreulicher zu werten, als sie wohl in dieser Klarheit zum ersten Mal in der deutschen Parlamentsgeschichte wirkliche Alternativlösungen im politischen Raum aufzeigt und das Wesentliche damit herausgehoben wird.

Die Koalition befindet sich ohne Zweifel in der Verteidigung. Rein äußerlich wird das schon eindrucksvoll sichtbar aus der Tatsache, daß der Bundeskanzler und Chef der größten Regierungspartei, Dr. Adenauer, in der letzten Woche seines Reiseplan ändern mußte, und nun dort auch sprechen wird, wo der Führer der Opposition, Erich Ollenhauer, gesprochen hat oder als Redner angekündigt ist.

Bischof und Richter vor dem Richter

KRK - Stockholm

In der schwedischen Öffentlichkeit erregen gegenwärtig zwei Rechtsfälle besonderes Aufsehen. Zwei sehr hochgestellte Personen: Ein Bischof und ein Ratsherr / Richter / sind schwerwiegender Dinge angeklagt.

Der Ratsherr Lundquist war Richter in Stockholm. Er mißbrauchte sein Amt zu rücksichtsloser persönlicher Bereicherung und scheute auch nicht davor zurück, einer armen Witwe die letzten Groschen abzuschwindeln. Lange, allzu lange hat Lundquist sein Spiel treiben können, ehe man ihn auf die Anklagebank setzte. Mit all der Schlaueit und juristischen Erfahrung, die ihm zu eigen ist, zieht er den Prozeß in die Länge, der immer mehr zu einem Duell zwischen dem scharfsinnigen Ankläger, dem jungen Stadtfiskal Eliasson und dem geschmeidigen Lundquist wird. Der Prozeß hat nun auch eine politische Seite bekommen. Eliasson, der ob seiner Unerblichkeit auch gegenüber hochgestellten Vorgesetzten im schwedischen Volke sehr beliebt geworden ist, wird von der Liberalen Volkspartei umworben, die ihn als Kandidaten für die Erste Kammer aufstellen will. Der Prozeß beleuchtet sehr viele Seiten des schwedischen Rechtswesens beleuchten und wird sicherlich beweisen, daß die Rechtsfindung in einer wirklichen Demokratie unbestechlich ist.

Im vorigen Jahre wurde der Uppsala-Professor Dick Helander zum Bischof in Strängnäs gewählt. Der Wahl ging ein lebhaftes Tauziehen zwischen zwei Fraktionen der theologischen Fakultät voraus. An die Priesterschaft wurden nicht weniger als 800 anonyme Briefe geschickt, deren Inhalt in allen Fällen darauf ausging, die Gegner Helanders anzuschwärzen und moralisch zu verdächtigen. Vor allem richteten sich die Beschuldigungen in den anonymen Briefen gegen einen anderen Professor der Universität Uppsala, Lindroth, und gegen einen Geistlichen namens Segelberg, die sich beide unter den Kandidaten auf die Bischofswürde befanden. Die Aussichten Helanders schienen auch nach dem ersten Wahlgang gering zu sein, doch verbesserten sie sich beim zweiten Wahlgang so, daß der Regierung nichts anderes übrigblieb,

als Helander zum Bischof zu ernennen.

Es dauerte geraume Weile, bis von einem der in den anonymen Briefen Angegriffenen, dem Geistlichen Segelberg, die polizeiliche Anzeige wegen Ehrenbeleidigung erstattet wurde, und es bedurfte auch eines langen Zeitraumes, ehe die polizeiliche Untersuchung richtig in Gang kam. Man wollte offenbar, da man es doch mit einem Beleidiger zu tun hatte, welcher der Geistlichkeit angehört, dem Schuldigen Gelegenheit geben, durch Bekenntnis und etwaige Wiedergutmachungsversuche die Sache möglichst ohne großes Aufheben aus der Welt zu schaffen.

Als jedoch die polizeiliche Untersuchung richtig in Gang gekommen war, kamen Umstände zutage, die Helander auf das schwerste belasten. Es unterliegt kaum noch einem Zweifel, daß die anonymen Briefe auf einer Maschine aus dem Besitze Helanders geschrieben wurden. Auch wurde festgestellt, daß Helander versuchte, just diesen Umstand zu verschleiern, indem er die Maschine austauschte, und zwar persönlich, dabei einen unrichtigen Namen angehend. Auch wurden die Typen der verwendeten Maschine, offenbar im Auftrage Helanders, sachgemäß zerstört.

Helander, der nach langem Krankenurlaub in der Schweiz nunmehr nach Schweden zurückgekehrt ist, weist die Anschuldigung, er sei der Verfasser der Briefe, noch immer von sich, obwohl die vom Ankläger angeführten Indizien sehr belastend für ihn sind. Der Oberste Staatsanwalt, der anordnete, daß Helander vor ein ordentliches Gericht gestellt wird, ließ die Öffentlichkeit wissen, daß der Bischof aus seinem Amt entfernt werden müsse, wenn sich herausstellen sollte, daß er der Urheber der beleidigenden Briefe ist. Bemerkenswert ist, daß sogar der Sohn Helanders Angaben machte, die den Bischof belasten.

Es ist klar, daß diese Angelegenheit der schwedischen Staatskirche nicht zum Ansehen gereicht. Nicht nur ist es eigentümlich, daß ein so hoher kirchlicher Würdenträger so würdelose Handlungen bezichtigt wird: Es wirkt auch eigentümlich, daß beleidigende Briefe unter der Geistlichkeit offenbar die beabsichtigte Wirkung getan haben, obwohl sie anonym waren.

+ + +

Kanzler beider Konfessionen ?

(sp) Im Auftrage der Bundesregierung wurde kürzlich in englischer Sprache ein Büchlein "Journey to America" herausgegeben, das von dem Amerika-Besuch Adenauers handelt. Auf dem Umschlagbild Konrad Adenauer aus Rhöndorf am Rhein auf den Stufen des Capitols in Washington - ein sehr beziehungsreiches Bild, wenn man an das bekannte Wort aus der politischen Umgebung des Kanzlers denkt, er sei in manchen Dingen amerikanischer als die Amerikaner.

Die Broschüre ist in ihrer Mischung von Selbstanpreisung und äußerster Beflissenheit gegenüber dem neuen, fremden Lande politisch gewiß nicht bemerkenswert. Aber eine Behauptung aus der das Büchlein abschließenden Kurzbiographie verdient hervorgehoben zu werden, die nämlich, daß Adenauer seit über 400 Jahren der erste deutsche "Führer" ist, dem es gelungen sei, Katholiken und Protestanten in einer politischen Partei zu vereinigen.

Dazu ist zunächst einmal zu sagen, daß es politische Parteien im modernen Sinne in Deutschland überhaupt erst seit rund 100 Jahren gibt. Darüber hinaus ist es eine Irreführung, zu behaupten, das protestantische Element in Deutschland sei in einer gleich wirksamen und geschlossenen Weise in der CDU vertreten, wie das katholische. Die CDU - und nicht das heutige kleine Zentrum - ist nach ihrem Gewicht die eigentliche Nachfolgerin der alten großen Zentrumspartei, und zwar in ihrer reaktionär-ultramontanen Prägung, verkörpert etwa durch die Namen von Pöschel und Prälat Kaas. Die Protestanten in ihr bilden das Aushängeschild für den Sammelbegriff "Union", mehr nicht, und niemand wird behaupten können, die CDU sei, wie das für den Katholizismus zutrifft, die deutsche Partei, die gleichzeitig die politische Heimat der Protestanten ist.

Aber wer kennt schon diese Zusammenhänge in den Ländern, für die die Broschüre bestimmt ist, in erster Linie also in den USA ? Und wann wäre es der Regierung darauf angekommen, objektiv zu unterrichten und nicht darauf, höchst subjektiv Meinungen zu beeinflussen ?

---

Verantwortlich: Peter Raunau